tagesanzeiger.ch

News Wetter Börse Geld Digital Auto Reisen Wissen Züritipp Blogs

NEWS
Home
Schweiz
Ausland
Zürich
Wirtschaft
Sport
Vermischtes

ZEITUNG
e-Tages-Anzeiger
Regionalausgaben
Archiv
Carte Blanche
Abonnement
Inserieren
Das Magazin

MARKTPLATZ
Stellen
Homegate.ch
Fahrzeuge
Piazza.ch
Bildung
Partnersuche
Erotik
Books.ch
Fotoservice
Swissguide.ch

DIENSTE
SMS
Newsletter
Desktopnews
RSS

ÜBER UNS
Impressum
Onlinewerbung

Tages-Anzeiger vom 03.02.2003

«Staatsstreich» gegen Völkerrecht

Der Krieg gegen den Irak wird stattfinden, weil die USA ihn wollen. Der Uno bleibt nur die Schadensbegrenzung. Dieses Fazit zieht der Völkerrechtler Marcelo Kohen.

Mit Marcelo Kohen* sprach Marlène Schnieper in Genf

Ist der Krieg im Irak noch zu vermei-den? Ich fürchte, die Würfel sind gefallen. Nach der Rede von US-Präsident George W. Bush zur Lage der Nation sind die Chancen für eine friedliche Lösung am Golf gegen null gesunken. Die USA haben die «Kriegserklärung» schon formuliert, sie muss nur noch abgeschickt werden.

Liefert der Irak nicht auch Gründe, die ein militärisches Eingreifen nach der Uno-Charta rechtfertigten?

Laut der Charta der Vereinten Nationen kann der Sicherheitsrat Zwangsmassnahmen militärischer und nicht militärischer Art beschliessen, wenn ein Staat gegen einen anderen Staat einen Akt der Aggression begeht oder wenn Sicherheit und Frieden in der Welt bedroht sind. In jedem Fall bleibt die Entscheidungsbefugnis beim Sicherheitsrat. Nach dem Waffenstillstand mit Kuweit, 1991, hatte der Uno-Sicherheitsrat in Resolution 687 festgehalten, dass der Irak die Zerstörung seiner atomaren, biologischen und chemischen Waffen bedingungslos zu akzeptieren habe. Mit Resolution 1441 nun hat der Sicherheitsrat dem irakischen Regime eine letzte Chance eröffnet, seinen Verpflichtungen gegenüber der Weltgemeinschaft nachzukommen. Entgegen den Behauptungen Washingtons enthält Resolution 1441 aber keinen Automatismus zur Anwendung von Gewalt für den Fall, dass Bagdad nicht kooperiert.

Egal, was die Uno-Chefinspektoren Hans Blix und Mohammed al-Baradei zu berichten haben, der Uno-Sicherheitsrat wird in einer weiteren Resolution beschliessen müssen, wie es weitergeht?

Es braucht eine weitere Resolution, so viel ist klar. Die Uno-Inspektoren haben jetzt nochmals Zeit erhalten, um ihre Nachforschungen fortzusetzen. Die Beweise, die sie am Ende vorlegen, können mehr oder weniger stichhaltig sein. Selbst wenn der Irak nicht hundertprozentig kooperiert, ergibt sich daraus nicht zwingend, dass man gegen Bagdad militärisch vorgehen muss. Um Saddam Hussein zu entwaffnen und ihn dazu zu bringen, die Resolution 687 zu respektieren, gäbe es vielleicht wirksamere Massnahmen als Krieg.

Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Irak haben Saddam Husseins Anhänger gestärkt und die Bevölkerung in die Armut getrieben.

Wirtschaftssanktionen strafen in der Tat fast immer die Falschen. Die Uno könnte aber ein neues Inspektionssystem im Irak einrichten, das hat dort ja schon einmal funktioniert.

Das hat funktioniert, finden Sie?

Von 1991 bis 1998 hat es funktioniert, ja. Im Dezember 1998 dann hat Saddam Hussein den Uno-Inspektoren den Zutritt zu den Präsidentenpalästen verweigert. Unter der Ankündigung unmittelbar bevorstehender Bombardements durch die USA verliessen die Inspektoren den Irak. Saddam Hussein hat sie nicht zum Teufel gejagt, und der Uno-Sicherheitsrat hat auch nicht das Ende der Mission beschlossen. Andere Krisen, vor allem jene in Kosovo, liefen danach dem Irak den Rang ab. Erst der 11. September 2001 und die Schlüsse, welche die neue Regierung in Washington daraus zog, rückte das Land wieder ins Zentrum amerikanischer Interessen.

Eine neue ständige Inspektionsmission der Uno könnte den Menschen auch in der weiteren Golfregion Sicherheit geben?

Davon bin ich überzeugt. Die militärische Schlagkraft der irakischen Armee ist schon heute sehr stark eingeschränkt. Man müsste eine künftige Inspektionsmission der Vereinten Nationen natürlich mit bedeutend mehr Leuten und Mitteln ausstatten. Doch wenn man bedenkt, dass ein Krieg nichts lösen, aber ein Vielfaches an menschlicher Not, Zerstörung und Kosten mit sich bringen wird, lohnte sich die Mühe bestimmt.

AUSLAND »

Vanhanen vor Wiederwahl
14:11, ergänzt 17:05

Die Zeit im Irak wird knapp
15:43

Verwandte von Karadzic verhört
15:11

Heftige Krawalle in Zimbabwe
15:03

Aufruf zur Kooperation an Israel
09:53

Alle Artikel »

SUCHEN

los »

FRANCE PROFONDE
Jacqueline Hénards Randbemerkungen zu einem Land im Umbruch
14.03.07 -- 15:56
Mein Blog und ich
08.03.07 -- 10:10
Ein Mann für alle Fälle

WERBUNG
Berufs- und Lebensgestaltung
S&B Institut
FACHARTIKEL PORTRÄT

Breaking News direkt auf Ihr Handy – Bleiben Sie auch unterwegs dran.
Melden Sie sich beim **SMS-Dienst** von tagesanzeiger.ch an.

Warum sprechen Sie im Konjunktiv?

Weil dem Wunschdenken die Wirklichkeit entgegensteht. Das Problem ist: Die USA haben bereits bekräftigt, dass sie notfalls auch allein in den Krieg ziehen, mit oder ohne Zustimmung des Sicherheitsrats. Das stellt alle bisherigen Errungenschaften des kollektiven Sicherheitssystems in Frage. Wenn das einreisst, wird schon morgen wieder jeder beliebige Staat befinden können, dass ein anderer Staat seine internationalen Verpflichtungen in schwerer Weise verletzt hat, um nach eigenem Gutdünken Gewalt gegen diesen Staat anzuwenden. Das bedeutet das Ende der kollektiven Sicherheit. Es ist, als ob jemand einen «Staatsstreich» gegen das Völkerrecht und die internationale Ordnung plante.

Die fünf ständigen Mitglieder des Uno-Sicherheitsrats haben ein Vetorecht. Was, wenn Frankreich das Veto einlegt?

Es wird kein Veto von Frankreich geben, das liegt politisch nicht drin. Die Folgen für die Beziehungen zwischen Frankreich und Europa, aber auch zwischen Europa und den USA wären verheerend.

Also bleibt nur die Wahl zwischen einem Krieg mit oder ohne Segen der Uno?

So sieht es leider aus, ja. Ich halte einen Krieg für eine schlechte Lösung. Doch wenn es denn sein muss, ist ein solcher Krieg, gestützt auf eine Uno-Resolution, immer noch einem Krieg vorzuziehen, den die USA auf eigene Faust unternehmen.

** Der Argentinier Marcelo Kohen, 45-jährig, ist seit 1995 Professor für Völkerrecht am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf.*

Artikel: » drucken » mailen

© Tamedia AG – Quellen: tagesanzeiger.ch – Agenturen – Kontakt